

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 47 (1968)
Heft: 7-8

Artikel: Aktionsprogramm der SPS aus soziologischer Sicht [Schluss]
Autor: Walter, Emil J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Reaktion fällt, wie zu beobachten ist, verschieden aus, je nachdem die Vertreter der Behörden ehrlich Verständigung suchen und auch Vorrechte zu opfern gewillt sind, oder ob sie sich hinter pragmatischen Halbwahrheiten verstecken und sich auf die kompromisslose Verteidigung ihrer Stellung vorbereiten. In der Tschechoslowakei verhielten sich etwa 18 000 Studenten und Schüler auf einer Massenkundgebung völlig diszipliniert, da sie von den Parteigrössen, die sich zur Diskussion bereit fanden, als ebenbürtige Gesprächspartner behandelt wurden. Opportunismus wie auch Resignation lehnen die Jungen – seien es nun Arbeiter oder Studenten – instinktiv ab. Sie suchen nach sinnvoller Aufgabe. Für eine grosse humane Idee wie die amerikanische Bürgerrechtsbewegung setzen sich dieselben Studenten ein, die gegen eine verknöcherte, unmenschliche Administration protestieren.

Die Sozialdemokratie, die eine Gesinnungspartei ist, muss sich nur auf ihre idealistischen Grundsätze besinnen und sie energisch vertreten, um die besten der kritischen Geister auf ihre Seite zu ziehen.

Prof. Dr. Emil J. Walter

Aktionsprogramm der SPS aus soziologischer Sicht

Ein Diskussionsbeitrag

(Schluss)

Von 1888 bis 1950 sank der durchschnittliche Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 41,8 auf 16,6 Prozent, während der Anteil des sekundären Sektors, der in Industrie und Handwerk Tätigen, von 41,8 auf 46,8 Prozent (also um 5 Prozent) und jener der von Dienstleistungen lebenden Erwerbstätigen von 15,8 auf 36,6 Prozent (also um mehr als 20 Prozent) zunahm. In absoluten Zahlen sind die Verschiebungen natürlich noch viel grösser. Gleichzeitig ist zu beachten, dass sich diese durchschnittlichen Veränderungen der Beschäftigten in den verschiedenen Kantonen der Schweiz ganz verschieden ausgewirkt haben, das heisst die Schwankungsbreite der Verschiebungen sich vom Wallis bis zu den Industrie- und Agglomerationsgebieten Zürich, Genf und Baselstadt erstreckten⁸. Mit anderen Worten, die Zahl der Landwirte und Bauern nahm so-

⁸ Im Wallis ging der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 79,3 Prozent im Jahre 1888 auf 41,4 Prozent im Jahre 1950 zurück, in Baselstadt von 4,2 auf 0,9 Prozent. Kontrovers verlief die Entwicklung auf dem Dienstleistungssektor: Wallis 8,2 Prozent (1888) und 27,8 Prozent (1950); Baselstadt 40,3 Prozent (1888) und 53,9 Prozent (1950).

wohl relativ wie absolut ab, die Zahl der Industriearbeiter nahm absolut stark und relativ nur schwach zu, die Zahl der Angestellten schnellte sowohl absolut als auch relativ stark in die Höhe. Diese Tendenzen zeigten sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in allen Industriestaaten, am ausgeprägtesten aber in den Vereinigten Staaten⁹. In der modernen Industriegesellschaft spielen die

Angestelltenschichten

eine immer grössere Rolle, während der Anteil der Industriearbeiter stagniert oder sogar zurückgeht. So auch in der Schweiz. Trotzdem auch in der Schweiz dank dem grossen Anteil der Exportindustrie am Gesamtprodukt der schweizerischen Volkswirtschaft der industrielle Sektor noch keineswegs so zugunsten des tertiären Sektors zurückgebildet ist, wie dies heute schon in den USA der Fall ist. (Dabei ist immerhin noch zu berücksichtigen, dass die amerikanische Statistik in bezug auf die Wirtschaftsbereiche im Gegensatz zu unserer schweizerischen Auffassung auch dort von Dienstleistungen spricht, wo es sich unserer Ansicht nach um die Beschäftigung von Arbeitern handelt, wie zum Beispiel im Transport- und Verkehrswesen oder bei den öffentlichen Versorgungsbetrieben.)

Die schweizerische Arbeiterbewegung hat bis in die Gegenwart hinein in ihrer politischen Praxis von der Verschiebung der sozialen Gewichte innerhalb der Arbeitnehmerschaft von den Fabrik- und Industriearbeitern zu den Angestellten kaum Kenntnis genommen. Im Schweizerischen Gewerkschaftsbund sind in erster Linie Industrie- und Verkehrsarbeiter organisiert. Die Schicht der Angestellten und Techniker konnte nur in beschränkter Masse erfasst werden. Der Mitgliederbestand des Gewerkschaftsbundes stagniert seit Jahren. Dazu hat auch der zunehmende Ersatz von schweizerischen Industriearbeitern durch Ausländer beigetragen: 1956 beschäftigte die Industrie 614 000 Arbeitskräfte, von denen 97 000 Ausländer waren. Im Jahre 1964 lauteten die entsprechenden Zahlen 768 000 industriell Beschäftigte, davon 293 000 Ausländer. Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der schweizerischen Arbeitskräfte in der Industrie von 517 000 auf 475 000 zurück¹⁰.

⁹ Nach Leon Greenberg, Chefstatistiker des Arbeitsministeriums der USA, in seinem Vortrag «Entwickelt sich eine Dienstleistungsgesellschaft?» in Oberhausen (5. bis 8. März 1968) nahm von 1950 bis 1965 die Zahl der Angestellten von 37,5 auf 44,5 Prozent zu, jene der Arbeiter von 39,1 auf 36,7 Prozent ab. Auch der Anteil der Landarbeiter ging von 12,5 auf 5,9 Prozent zurück.

¹⁰ 1966 wurden in der Industrie «trotz mehr Produktion» nur noch 709 000 Industriearbeiter beschäftigt, nämlich 432 000 schweizerische Arbeitskräfte und 277 000 ausländische Arbeitskräfte.

Das soziale und soziologische Gewicht der Angestellten hat vor allem in den wirtschaftlichen Zentren der Schweiz, das heisst den städtischen Agglomerationen, stark zugenommen. Dem entsprechen die politischen Verschiebungen in der schweizerischen Wählerschaft. Die Angestellten, deren Karriere im Gegensatz zu den Industriearbeitern nicht beim Vorarbeiter, sondern erst beim Prokuristen oder Direktor endigt und stark dem Leistungsprinzip zugeordnet ist, betonen gegenwärtig in besonders starkem Masse die Konsumenteninteressen. Die politischen Erfolge des Landesrings sind in erster Linie auf diese Tatsache zurückzuführen. Der Landesring hat sich weitgehend der durchschnittlichen Mentalität der Angestellten, sowohl der kaufmännischen als auch der technischen Angestellten, angepasst.

Dazu kommt ein weiteres Moment. Die ausländischen Industriearbeiter sind grundsätzlich die politische Reserve der SPS, solange unsere Partei sich in allererster Linie als Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Industriearbeiter fühlt. Aber diese ausländischen Arbeiter haben kein Stimmrecht. Die politische Vertretung der Industriearbeiterschaft ist dadurch in den Behörden untervertreten. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass die schweizerische Volkswirtschaft ohne die ausländischen Arbeitskräfte sowohl in der Exportindustrie als auch im Gast- und Baugewerbe ihre gegenwärtige Aktivität nicht aufrechterhalten könnte. Die demokratische Aktion gegen die Fremdarbeiter ist aber nicht nur aus diesem Grunde abzulehnen. Denn die Beschäftigung so vieler Fremdarbeiter aus dem ökonomisch unterentwickelten Mittelmeerraum, aus Italien, Spanien, Griechenland und auch der Türkei, ist eine Form der

Entwicklungshilfe,

wie sie in dieser Art und in diesem Umfang von keinem einzigen anderen Industrieland geleistet wird. Zwar sind die finanziellen Aufwendungen der Schweiz im Interesse der Entwicklungshilfe relativ bescheiden. Sie wurden kürzlich auf etwa ein Promille des Volkseinkommens geschätzt, während die Entwicklungsländer eine Finanzhilfe von wenigstens einem Prozent des Volkseinkommens erwarten. Die Beschäftigung von Gastarbeitern in unserem Lande, die nur vorübergehend wie die meisten Italiener in der Schweiz zu arbeiten gedenken, bedeutet praktisch eine Schulung der betreffenden Arbeitskräfte in technischer und eine Erziehung in arbeitsmoralischer Hinsicht, die indirekt nicht nur zur Entlastung des italienischen Arbeitsmarktes, sondern auch zur Förderung der italienischen Industrialisierung beiträgt.

Neben den bisher erwähnten Gesichtspunkten muss noch an eine weitere grosse Zahl von Problemen erinnert werden, bevor entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen sind. Stichwortartig sei hingewiesen auf die Fragen, welche durch die fortschreitende Automation durch Elektronenrechner und die Automatisierung durch Ausbreitung der industriellen Elektronik und

Regeltechnik hervorgerufen werden, auf die Probleme, welche sich aus der Tendenz ergeben, mehr und mehr unter dem Druck der amerikanischen Konkurrenz zur Schichtarbeit überzugehen oder dann die entsprechenden Betriebe aufgeben zu müssen oder an amerikanische Unternehmen zu verkaufen, auf die immer stärker werdende Tendenz des Zusammenschlusses und der Konzentration der Unternehmungen – die Zahl der Betriebe nimmt immer noch zu, aber hinter der Betriebsstatistik bleibt die Tatsache versteckt, dass immer mehr lokale Betriebe in nach aussen kaum sichtbar werdender Form in Mittel- und Grossunternehmen eingegliedert werden –, auf die Gefahren der inflationären Entwicklung des Preisniveaus, die nach unserer Überzeugung¹¹ innig verknüpft ist mit dem Problem der nur in einer Richtung sich auswirkenden Kapitalisierung der Grundrente und der damit verknüpften zusätzlichen Kreditschöpfung bei der Umwandlung von landwirtschaftlichem Boden in Bauland in den Randzonen der städtischen Agglomerationen.

Gegenwärtig sind die meisten

Forderungen des Aktionsprogrammes, das die SPS im Jahre 1904

aufgestellt hatte, erfüllt. Bedauerliche Ausnahmen bedeuten vor allem das Frauenstimmrecht und die Verweigerung des Rechtes zum Zivildienst. Seit 1904 ist der Reallohn der schweizerischen Arbeitnehmer wesentlich gestiegen. Aber die klassenmässige Grundstruktur der schweizerischen Gesellschaft ist geblieben. Und diese Grundstruktur wird in Zukunft zusätzlichen Belastungsproben ausgesetzt werden, je mehr unter anderm hinter dem Eisernen Vorhang liberale und demokratische Tendenzen sich durchzusetzen vermögen. Denn es ist theoretisch vom soziologischen Standpunkt aus klar, dass ein

Wirtschaftssystem

durch drei Ordnungen, erstens die Wirtschaftsordnung, zweitens die Eigentums- und Rechtsordnung und drittens die politische Ordnung bestimmt wird¹². Ein Wirtschaftssystem, das auf der einen *Seite auf der Marktwirtschaft, auf der andern Seite der Verstaatlichung der Produktionsmittel und drittens auf einer freiheitlich organisierten direkten Demokratie beruht*, ist keineswegs eine Utopie, sondern eine der realen Entwicklungsformen, denen die sozialistischen Gesellschaften hinter dem Eisernen Vorhang zu-

¹¹ Siehe «Rote Revue», Januar 1964: Emil J. Walter: «Eine wenig beachtete Quelle der schleichenden Inflation».

¹² Wird zu diesen drei Ordnungen der Wirtschaft, des Eigentums und des Staates noch die kulturelle Ordnung hinzugefügt, so sind damit die möglichen Gesellschaftsordnungen umrissen. Für die kulturelle Ordnung sind die verschiedenen Religionen (Christentum, Mohammedanismus, Hinduismus, Buddhismus usw.) von entscheidender Bedeutung.

zustreben beginnen. Denn es gibt keine sachlichen Gründe, welche dagegen sprechen, dass eine verstaatlichte Wirtschaft nicht auch nach den Prinzipien einer Marktwirtschaft betrieben werden könnte.

Alle diese Probleme müssen im Sinne der neuen Wissenschaft der Futurologie und politischen Soziologie systematisch durchgearbeitet werden. Auch die SPS sollte sich entschliessen, in Verbindung mit den Gewerkschaften grössere Mittel für ernsthafte Fachstudien über die Bodenfrage, die Konzentrationstendenzen der modernen Wirtschaft, die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten der Demokratisierung der Hierarchie der Betriebsorganisation, die Anpassung des Rechtssystems an die veränderte und zu verändernde Wirtschaftsstruktur aufzuwenden, finanzielle Mittel, deren Betrag wesentlich kleiner als die Kosten von Abstimmungs- und Wahlkämpfen ist, die wegen ungenügender geistiger Vorbereitung beim Stimmbürger nicht mehr ankommen und verloren werden. Auch die Frage, ob sich die SPS mit einem eigenen Entwurf zum Problem der Totalrevision der Bundesverfassung beschäftigen will oder ob die im «Volksrecht» vertretene Meinung, vorläufig könne es sich nur um Teilrevisionen handeln, übernommen wird, ist bald entscheidungsreif.

Zusammenfassend ziehen wir daher einige wenig systematisch geordnete

Schlussfolgerungen

1. Die SPS erarbeitet in den nächsten Jahren ein neues *Aktionsprogramm*, das die Interessen der Arbeitnehmer, nämlich der Arbeiter und Angestellten, vor allem als Konsumenten stärker betont. Die Wendung zur Richtlinienpolitik mit den Jungbauern vor dem Zweiten Weltkrieg bedeutete seinerzeit den Verzicht auf die nach dem Ersten Weltkrieg im Vordergrund stehende Arbeiterpolitik als Konsumentenpolitik und widersprach den Tendenzen der Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik. Die schweizerischen Bauern sind zu landwirtschaftlichen Unternehmern geworden; der bäuerliche Industriearbeiter ist verschwunden. Diese soziologische Wandlung muss stärker als bisher berücksichtigt werden.

2. Die *Bodenfrage* muss systematisch durch vergleichende Studien über das Bodenrecht in den benachbarten Industriestaaten und den Staaten hinter dem Eisernen Vorhang studiert werden, um rechtliche Lösungen zu erarbeiten, welche das Eigentum an Grund und Boden, wie dies praktisch im Kanton Uri im Bereich der Alpwirtschaft der Fall ist, der Bodenspekulation und der systemlosen Kreditschöpfung entziehen, damit eine entscheidende Wurzel der schleichenden Inflation unterbunden werden kann.

3. Die SPS hat die Frage zu prüfen, ob sie für die *Totalrevision der Bundesverfassung* einen besonderen Entwurf ausarbeiten will. Unter anderem wäre die Frage zu klären, ob nicht das Zweikammersystem geändert werden sollte.

4. Von besonderem Gewicht ist der weltpolitische Zusammenhang von *Militärpolitik und Entwicklungshilfe*. Angesichts der veränderten takti-

schen und strategischen Probleme der Landesverteidigung des Kleinstaates Schweiz¹³ ist ernsthaft die Frage zu prüfen, ob nicht eine drastische Reduktion der Aufwendungen für die Landesverteidigung und den Zivilschutz zugunsten gezielter und zweckmässiger Massnahmen der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungshilfe in der von der Hungersnot bedrohten dritten Welt angebracht wäre, damit die Schweiz wenigstens ein Prozent ihres Volkseinkommens für diesen Zweck aufwendet. Damit würde unseres Erachtens, international gesehen, das Prestige der Schweiz mehr gestärkt als durch eine noch so weit getriebene militärische Aufrüstung auf dem Gebiet der konventionellen Waffen. Zugleich wäre auch die Frage der eventuellen Beteiligung der Schweiz an Blauhelmsoldaten der UNO abzuklären.

5. *Wirtschafts- und Finanzpolitik* sind angesichts der sich in der Wirtschaft in vermehrtem Masse durchsetzenden Konzentrationsvorgänge neu zu überdenken. Die administrative Automation in Form von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen erleichtert die Zentralisation vieler Betriebe in Mittel- oder Grossunternehmungen. Besonders aktuell dürften die Probleme der Erbschaftssteuer und der Grundstückgewinnsteuern als finanzpolitische Werkzeuge werden, wenn vermieden werden soll, dass die Belastung des Konsums noch mehr als bisher zunimmt.

6. In der *Bildungspolitik* sind nicht nur die Organisation und Methoden der Volks-, Mittel-, Berufs- und Hochschulen aufeinander abzustimmen, sondern ist auch die Erwachsenenbildung institutionell in das gesamte Erziehungswesen zu integrieren, wobei nicht die Gefahr übersehen werden darf, dass eine chaotische, unregelmässige Entwicklung des Bildungswesens eventuell früher als erwartet zu einer Überproduktion von Akademikern in bestimmten Fächern und einer ungenügenden Ausbildung von sozial wichtigen Berufstätigen führen kann.

7. Notwendig sind in erster Linie *konkrete Alternativen*, welche wissenschaftliche Vorbereitung und Erarbeitung eines sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsbildes voraussetzen. Die direkte Demokratie erleichtert den Abbau von Klassengegensätzen und sichert den Schutz von Minoritäten. Aber die Schweiz ist auch noch im Zeitalter der Hochindustrialisierung eine Klassengesellschaft geblieben, welche die Güter und Dienstleistungen dieser Welt ungleich verteilt.

¹³ In überraschend kurzer Zeit ist in unserem Lande die Auseinandersetzung über die eventuelle Beschaffung von Atomwaffen verstummt. Die offizielle militärische Doktrin hat offenbar auf die Beschaffung von Atomwaffen verzichtet oder verzichten müssen. Siehe unter anderem Emil J. Walter «Schützen Atombomben gegen Atombomben?» («Rote Revue», März 1965). Angesichts der militärischen Verteidigungspolitik Frankreichs in Form einer drastischen Reduktion seiner Armeebestände ist es mehr als fragwürdig geworden, ob die Schweiz über die relativ stärkste konventionelle Armee Europas verfügen soll. Auch die Aufwendungen für den zivilen Luftschutz sind mehr als fragwürdig, da ein wirtschaftlich tragbarer Schutz durch unterirdische Luftschutzbauten auch für die Industrie nicht möglich ist.